Heft 10-2022 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz









A. Kaufmann/R. Sadowsky: Tarifpolitik der IG Metall

Heinz Bierbaum: Kampf um den Erhalt von Ford Saarlouis

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Erhard Korn, Wolfgang Müller, Alban Werner, Detlef Umbach, Mario Keßler, Hinrich Kuhls, Bernhard Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff, Klaus Bullan



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Machtwechsel in Schweden

Die schwedische sozialdemokratische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson hat mit ihrem Rücktritt die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse akzeptiert und den möglichen Regierungswechsel eingeleitet. [...]

Die Erfolge der Kampagne »Fight for $15«

Interview von Johannes Specht, Leiter der Abteilung Tarifpolitik der Gewerkschaft NGG, mit Nicholas Allen, Direktor des Global Program der Service Employees International Union, über das Gesetz AB 257 und seine Bedeutung für die Fast-Food-Branche in Kalifornien. [...]

Rekordinflation, Leitzinserhöhung und Energiepreise

Die Europäische Zentralbank (EZB) stemmt sich mit dem größten Zinsschritt seit Start des Euro-Bargelds 2002 gegen die Rekordinflation. Die europäischen Notenbanker, angeführt von Christine Lagarde, erhöhen den Leitzins um 0,75 Prozentpunkte auf 1,25%. Andere Zentralbanken weltweit hatten in den vergangenen Wochen bereits mit starken Leitzinserhöhungen reagiert. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 10 | Oktober 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 476

Europa rückt nach rechts, DIE LINKE zeigt Zerfallserscheinungen

Joachim Bischoff/Klaus Bullan: Rechts-Bündnis übernimmt die Macht in Italien
Georgia Meloni und die »Fratelli d'Italia« als Siegerinnen 2

Erhard Korn: Der Marsch auf Rom
Vor 100 Jahren etablierte Mussolini seine Diktatur 6

Alban Werner: Die ideelle Gesamtwutbürgerin
Sahra Wagenknecht, die Krisen und die Zerfallserscheinungen der LINKEN 11

Kriege und Krisen

Joachim Bischoff: Der Russland-Ukraine-Krieg
Eine Zwischenbilanz 16

Wolfgang Müller: Parteitag der chinesischen Kommunisten in Zeiten der Krise
Wachstum trotz Zero-Covid-Politik und Immobilienblase? 24

Hinrich Kuhls: Die politische Agenda der Elizabeth Truss
Der Feldzug der Tory-Premierministerin gegen die ökonomische Orthodoxie . . . 29

Detlef Umbach: USA: »Wir wissen, dass gerade ein Betrug passiert ...« 36

Forum Gewerkschaften

André Kaufmann/Robert Sadowsky: »Solidarität gewinnt«
Thesen zur Tarifpolitik der IG Metall 41

Heinz Bierbaum: Ford Saarlouis – Transformation auf kapitalistische Art 45

Bernd Kruppa: Vom Niemandsland zum tariflichen Ordnungsrahmen
Leipzig: Tariferfolge der IG Metall in der sächsischen Logistikbranche 48

Otto König/Richard Detje: »Nicht mit uns! Wir frieren nicht für Profite!«
Können sich Tarifrunden zum Motor einer breiteren Bewegung
von Sozialprotesten im Herbst entwickeln? 51

Johannes Schulten: Auf die Ansprache kommt es an 54

Sozialismus.de: Debatte

Otto König/Richard Detje: »... egal, was meine deutschen Wähler denken«
Die politischen Prioritäten von Außenministerin Annalena Baerbock 56

Joachim Bischoff/Björn Radke:
»Wertebasierte Außenpolitik« im 21. Jahrhundert 58

Antifaschistische Botschaften im Kino

Mario Keßler: »Round up the usual suspects«
80 Jahre »Casablanca« 61

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum . . . . .

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Das Glücksrad (Filmkritik) 69

Supplement

Klaus Bullan/Bernhard Sander: **Enrico Berlinguer**
Eurokommunismus in Theorie und Praxis

Die ideelle Gesamtwutbürgerin

Sahra Wagenknecht, die Krisen und die Zerfallserscheinungen der LINKEN

von ■ Alban Werner



Foto: dpa

Lost in transformation: Eine gelähmte DIE LINKE

Nicht zum ersten Mal steht Sahra Wagenknecht, frühere Fraktionsvorsitzende der LINKEN, im Zentrum eines nervenaufreibenden innerparteilichen Streits. Stein des Anstoßes wurde eine Rede Wagenknechts in der Haushaltsdebatte während der ersten Sitzungswoche des Bundestags nach seiner Sommerpause.[1] Kritiker*innen warfen ihr Putinfreundliche Rhetorik und den Applaus aus der AfD-Fraktion für ihren Auftritt vor. Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV), erklärte kurz darauf mit Verweis auf Wagenknechts Rede seinen Austritt aus der Partei. Der Austritt des früheren Hamburger LINKEN-Bundestagsabgeordneten und vormalige Mitarbeiter Wagenknechts, Fabio de Masi, folgte bald darauf, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen. Sahra Wagenknecht steht nicht zufällig und nicht zum ersten Mal im Mittelpunkt eines Streits, dessen Heftigkeit infrage stellt, ob und in welcher Form DIE LINKE noch eine Zukunft hat.

Die existenzbedrohliche Lage der LINKEN hat zwei Wurzeln, sie ist ebenso fremd-, wie selbstverschuldet. *Fremdverschuldet* ist sie insofern, als dass sie das Glück verlassen hat. Als die Partei zunächst als Vereinigungsprodukt von PDS und WASG entstand, waren hinreichend viele Menschen in Deutschland enttäuscht genug von der Politik des Sozialabbaus, der militärischen Interventionen, der autoritären »Basta«-Politik innerhalb der Parteien und frustriert von der Rhetorik der Alterna-

Alban Werner, Köln, arbeitet mit in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST).

[1] Die fragliche Rede kann online angehört werden unter www.youtube.com/watch?v=yJm4MTBfTOc.

tivlosigkeit in der Gesellschaft, um bei Wahlen eine linke Protestformation zu unterstützen. Heute jedoch ist die Abkehr vom neoliberalen Sozialabbau im politischen Mainstream deutlich genug, dass eine eigenständige Partei links von SPD und Bündnisgrünen weit weniger dringlich erscheint. Zudem hatte sich die geopolitische Konstellation bereits vor Beginn des Kriegs gegen die Ukraine deutlich verschoben, und wurden Energie und Aufmerksamkeit für politischen Protest durch klimapolitische Anliegen einerseits und durch eine verschwörungsideologische und populistische radikale Rechte andererseits aufgesaugt. Schließlich sind demokratiepolitisch höhere Ansprüche heute bis hinein in die CDU durchsetzbar, die mittels Urabstimmung über ihren neuen Parteivorsitzenden entschied.

Selbstverschuldet ist die Lage der LINKEN insofern, als all diese Entwicklungen nicht über Nacht eintraten, sondern sich durchaus über der Wahrnehmbarkeitsschwelle entwickelten und dabei auch wichtige Signalereignisse zu Wegmarken hatten. Man denke an die völkerrechtswidrige Annexion der Ukraine 2014. In deren Schatten entstand ein verschwörungsideologisch ansprechbarer Bewegungssektor mit eigener Teilöffentlichkeit in Deutschland. Hinzu kam die Konsolidierung und zunehmende Radikalisierung der AfD im Gefolge der Flüchtlingskrise u.v.a.

DIE LINKE versäumte es, sich rechtzeitig auf dieses mitunter epochal veränderte politische Terrain einzustellen. Wie die vormaligen Volksparteien CDU/CSU und SPD stand sie nach der Bundestagswahl 2017 zunächst unter dem Eindruck, wenn vielleicht auch unter erhöhtem Einigungsaufwand, so doch unterm Strich so weitermachen zu können wie bisher.

Die politische Hochkonjunktur des radikalen Rechtspopulismus seit der Bekanntgabe von Donald Trumps Präsidentschaftskandidatur 2015 zeitigte paradoxe Folgen. Haarsträubende geopolitische Fehlgriffe, Untätigkeit im Hinblick auf soziale Ungleichheiten, unbestreitbar gewordene Aspekte rassistischer Diskriminierung, unzureichende Klimapolitik im Lichte des 1,5 Grad-Ziels sowie schlechtes Corona-Krisenmanagement konnten mit Trump, Bolsonaro, Orbán und ihresgleichen identifiziert werden. Die Schwierigkeiten sowohl der Regierung Joe Bidens, als auch der Ampel-Regierung in Deutschland haben jedoch deutlich werden lassen, dass ein nicht zu knapper Anteil der Struktur- und Durchsetzungsprobleme Politik aus jedweder Richtung befällt und nicht einfach auf rechtspopulistische Betriebsunfälle zurückgeführt werden kann. Der Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen haben diese Ernüchterung vor allem in Deutschland nochmals verschärft.

Sahra Wagenknecht ist selbst Symbol und Projektionsfläche für viele gesellschaftliche Widersprüche und Spannungen, die sich im Verlauf der genannten Entwicklungen angehäuft haben. Die Entladung dieser Widersprüche scheint heute DIE LINKE zu lähmen, statt ihr wie in den Nuller Jahren Wind in die Segel zu blasen.

Wagenknechts derzeitiger Erfolg ist erklärungsbedürftig, ereilte sie eine wichtige Ernüchterungserfahrung doch bereits vor dem politischen Mainstream. Ihr »Aufstehen« genannter Versuch, eine Bewegung »von oben« zu erzeugen, die die klassisch gedachte soziale Frage in den Mittelpunkt stellen sollte, scheiterte bereits nach kurzer Laufzeit kläglich. Neben organisatorischen und personellen Querelen spielte dabei sicherlich eine Rolle, dass eben jene sozial Benachteiligten sowie an sozialer Gerechtigkeit interessierten Niedrig- und Durchschnittsverdienenden, die dadurch in erster Linie angesprochen werden sollten, dadurch kaum mobilisiert wurden.

Obwohl also Wagenknechts ambitionierteses Vorhaben misslang, kristallisiert sich heute an ihr wieder ein gesellschaftlicher Richtungskonflikt. Gewissermaßen hatte sie die grobe Linie ihrer Haushaltsrede schon durch einen polemischen Tweet gegen die Bündnisgrünen vom 1. August vorbereitet.[2] Mindestens vier Anhaltspunkte können begreiflich machen, warum sich an Wagenknecht ein Streit entzündet: ihr Status als gern aufgerufene Medienintellektuelle, der Charakter ihrer Wortmeldungen in den gesellschaftspolitischen Konjunkturen der vergangenen Jahre, Eigenschaften des Publikums der Politik in der Gegenwart und schließlich Leerstellen der politischen Linken.

Wagenknecht als Medienintellektuelle der Null-Ambivalenz

Zwei Tendenzen gegenwärtiger Entwicklung von Intellektualität verdichten sich bei Sahra Wagenknecht. Grundsätzlich entsteht in bürgerlichen Gesellschaften die Nachfrage nach einer Intelligenz oder in die breitere Öffentlichkeit kommunizierender Expertise dadurch, dass unser Leben immer stärker abhängig wird von anonymen und abstrakten Verflechtungen, großen technischen Systemen und Rückwirkungen der Produktionsverhältnisse auf Gesellschaft und Natur; dass die Verhältnisse sich an vielen Stellen mitunter abrupt wandeln, an anderer Stelle jedoch unerträglich zäh und träge erscheinen; dass schließlich die Ursachen vieler Veränderungen unseren individuellen Erfahrungshorizont übersteigen.[3] Auf dieser Folie besteht die Leistung der Intelligenz darin, »durch die Hervorbringung religiöser, ästhetischer und wissenschaftlicher Lebensdeutungen oder zur Schaffung der theoretischen Voraussetzungen für die Rationalisierung des Daseins durch die Anwendung theoretischen Wissens auf die Lebensbewältigung« zur Sinnstiftung und Alltagsbewältigung beizutragen.[4] *Intellektuelle* gehen allerdings über das Deutungsangebot hinaus. »Die Erfolgsaussicht ihres Tuns liegt […] in den Folgen ihres Redens und Schreibens, in der Störung des normalen Ablaufs der Dinge, die ihr Tun bewirkt. Das impliziert, dass ihre Appelle bemerkt werden, dass sie sich an eine Öffentlichkeit wenden. Intellektuelle sind, soziologisch gesehen, also nicht Leute mit irgendwelchen persönlichen Eigenschaften, sondern Leute, die etwas Bestimmtes tun. Was sie treiben, ist Kritik. Kritik ist der Beruf des Intellektuellen.«

Die erste Tendenz, die sich bei Wagenknecht verdichtet, ist der deutliche Trend hin zum *»Medienintellektuellen«*. Sicherlich haben Intellektuelle ihre Kritik immer in den ihnen verfügbaren Massenmedien vorgetragen: von Emile Zolas berühmtem offenen Brief »J'accuse!« in der Zeitung ›Aurore‹,

über Thomas Manns via BBC aus Großbritannien gesendete Radio-Ansprachen »Deutsche Hörer« gegen das NS-Regime, über Milton Friedmans zehnteilige TV-Reihe »Free to choose« bis hin heutigen politischen Podcastern. Auch das Element der Selbstinszenierung, das Wagenknecht stilsicher beherrscht, ist darin nicht neu.[5] Das Medium wurde von Intellektuellen seit jeher danach ausgewählt, den richtigen Angriffsvektor für ihre Provokationen und Aufmerksamkeit erheischenden Intervention zu finden. Neu daran ist vielmehr eine Selektion in umgekehrter Richtung: Intellektuelle mögen Medien auswählen, aber mindestens im gleichen Umfang selektiert das Medium sich die jeweils passenden Intellektuellen. »Die Medienintellektuellen werden zu einem bestimmten Thema eingeladen, um den Unterhaltungswert der Sendung zu steigern. Der Intellektuelle mutiert dadurch vom sich zum Engagement berufen fühlenden Denker zum von den Medien ›Gerufenen‹. Er versucht nicht, für ein dringendes politisches Anliegen ein geeignetes Publikum zu erreichen, sondern er erhält Anfragen, ob er zu einem bestimmten Thema reden möchte.«[6]

Wagenknecht ist dabei nicht irgendeine linke Dissidentin. Was sie über diesen Status hinaus für die Medien interessant macht, verdichtet eine zweite Entwicklung von Intellektualität. Bei den lesenden Ständen in Deutschland sind Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen als Genre schon lange sehr erfolgreich. In Nachfolge der Kulturkritik diagnostizieren sie in der Gegenwart Fehlentwicklungen. Sie versuchen weiterhin, »empirische Phänomene sozialen Wandels in verschiedenen Gesellschaftsbereichen auf *ein* Strukturprinzip oder *eine* Logik« zurückzuführen und die Gegenwart als einen neuen Abschnitt innerhalb der Moderne herauszustellen, der sich durch bestimmte Merkmale qualitativ von vorherigen Phasen unterscheide.[7] Typischerweise vermeiden diese Diagnosen – dabei sicherlich ein bildungsbürgerliches Lesepublikum vor Augen – jedoch klare Ansagen nach einem Schuldigen für die als nachteilig registrierten Veränderungen, ebenso wie nach dem anvisierten Subjekt oder Träger für politische Aktion, die das Kritikwürdige der Gegenwart wieder geraderücken sollte.

In Wagenknechts Buch »Die Selbstgerechten« (2021) kulminierte aber nun eine Logik, die bereits andere Zeitdiagnostiker*innen und Soziolog*innen wie Nancy Fraser mit Sozialfiguren vom »progressiven Neoliberalismus« oder den »kosmopolitischen Eliten« losgetreten hatten. Waren die problematisierten Verhältnisse in den populären Zeitdiagnosen im Gefolge von Ulrich Becks »Risikogesellschaft« noch Aggregate unbeabsichtigter Handlungsfolgen, von ungeplanten Unfällen, Krisen oder langsamen, lange »latenten« sozialstrukturellen Veränderungen, ließ sich nun die kritisierte Entwicklung – sprich: der Erfolg des Rechtspopulismus als Folge verschärfter Ungleichheit und der Niedergang der politischen Linken – einer Verfallsgesellschichte der Linken zuschreiben, die ganz konkrete Protagonisten hatte. Bei Ulrich Beck war Not hierarchisch und Smog demokratisch, sprich die Bedrohung traf tendenziell alle ähnlich. Für Wagenknecht & Co hingegen gibt es Gewinner und Verlierer von weltwirtschaftlicher Verflechtung, Europäisierung und kultureller Öffnung, und Wahlentscheidungen, so die These, ließen sich auf diese Scheidelinie zurückführen. Breiteten die früheren Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen noch ein Panorama von Ambivalenzen, Dilemmata, Zielkonflikten oder schlechthin politisch unzugänglichen Master-Trends aus, propagierte Wagenknecht eine Vision der Eindeutigkeit. Wer dieser zustimmte, musste folgerichtig aus dem Ausbleiben einer starken linken Antwort auf die Verkommenheit des linken Personals schließen.

Wagenknecht als Stichwortgeberin bei Reizthemen

Der beachtliche Erfolg Wagenknechts als öffentlich wahrnehmbarer Oppositionsstimme der Bundespolitik stellte DIE LINKE bereits lange vor ihrer jüngsten Haushaltsrede unter inneren Stress. Wagenknechts spontaner Anklang bei sozialstrukturell breiter gestreuten Zuhörerschaften, ihre nicht zu leugnende Eignung als Projektionsfläche für Menschen aus einem biswei-

len heterogenen politischen Spektrum ist auch ein genuin demokratisches Moment. Zugleich verstanden sie und ihre parteiinterne Anhängerschaft es immer wieder, diese Beliebtheit als Druckmittel gegen die demokratische Meinungsbildung und die Gepflogenheiten innerhalb der Partei einzusetzen. So geschehen etwa Anfang 2021, als der nordrhein-westfälische Landesvorstand der LINKEN gegen alle vorherigen Prozeduren eine Empfehlung für Sahra Wagenknecht auf dem ersten Listenplatz zur Bundestagswahl aussprach, was eine bis heute nachwirkende, erbitterte Auseinandersetzung im größten Landesverband der Partei zur Folge hatte.

Bei Wagenknecht scheint eine für ihre Partei besonders schmerzhafte Variante des Matthäus-Effekts zu wirken, wonach Bekanntheit noch größere Bekanntheit gebiert.[8] Ähnlich wie einstmals Gerhard Schröder und Joschka Fischer in den 1990er Jahren scheint es Wagenknecht zu gelingen, ihren Aufmerksamkeitswert gerade durch provokative Abgrenzung von der eigenen Partei, durch bewusste oder in Kauf ge-

[2] »Wiederinbetriebnahme der Kohlekraftwerke zeigt: #Klimawandel war für Grüne gestern wichtig. Heute hat wahnsinniger Krieg gegen Russland für frühere Ökopartei Top-Priorität & sogar einzig vernünftige Konfliktlösung (Diplomatie/Verhandlungen) wird abgelehnt«, online unter twitter.com/SWagenknecht/status/1554119777630699520.

[3] Renate Mayntz, Große technische Systeme und ihre gesellschaftstheoretische Bedeutung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 45. Jg., Nr. 1, 1993, S. 97–108; Craig Calhoun, The Infrastructure of Modernity: Indirect Social Relationships, Information Technology, and Social Integration, in: Haferkamp, Hans/Smelser, Neil J. (Hrsg.), Social Change and Modernity, Berkley/USA, S. 205–236; Reinhart Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«. Zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M. 1979, S. 349–375.

[4] Rainer M. Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Ders., Interessen, Ideen und Institutionen, Wiesbaden 1990, S. 270–285, hier S. 277.

[5] Jan Christoph Suntrup, Zur Rolle der »Medienintellektuellen« – eine kritische Phänomenologie, in: Leviathan, 41. Jg., Nr. 1, 2013, S. 164–187, hier S. 168.

[6] Ebd., S. 182.

[7] Alexander Bogner, Der diskrete Charme der Gesellschaftsdiagnose. Wesen und Wirkung eines soziologischen Genres in: Soziale Welt, Jg. 72, Nr. 1, 2021, S. 3–26, hier S. 11f.

[8] Harald Wenzel, Obertanen. Zur soziologischen Bedeutung von Prominenz, in: Leviathan, 28. Jg., Nr. 4, 2000, S. 452–476, hier S. 461.

nommene öffentlich Missachtung beschlossener Parteipositionen, durch selbstverständliche Inanspruchnahme einer folgenlosen Narrenfreiheit zu steigern. Die Folgenlosigkeit wiederum verdankt sie der an Personenkult reichenden Loyalität ihrer parteiinternen Anhängerschaft, die durch fast nichts erschütterbar scheint.

Im Unterschied zu Schröder und Fischer stand jedoch bei Wagenknecht nie ernsthaft in Aussicht, dass sich ihr Vorgehen durch Anteile an politischer Regierungsmacht auszahlen werde. Dass sie, trotz machtpolitischer Aussichtslosigkeit, bereits lang vor ihrem jüngsten Buch und auch unabhängig von ihrer zeitweisen Funktion als Fraktionsvorsitzende öffentliches Gehör fand, verdankte sich der wiederkehrenden Gelegenheit, in der Ära Merkel ein *politisches Vakuum* auf ihre ganz eigensinnige Art zu füllen.

Politisch zeichnete sich die Entwicklung in Deutschland seit der globalen Finanzkrise dadurch aus, politische Richtungsfragen und als solche erkannte Strukturprobleme zwischen den Parteien und Großorganisationen des akzeptierten politischen Spektrums deutlich unterhalb der Konfliktschwelle abzuräumen und kleinzuarbeiten. In diesem Gleichgewicht der Angriffshemmungen lagen dann aber unvermeidlich *Reizthemen* in der Luft. Diese, wie etwa verschiedene Aspekte der Eurokrise, der Einwanderung, oder die Bewältigung der Corona-Pandemie waren, wie wohl nicht allzu kontrovers in der parteipolitischen Arena (mit Ausnahme der AfD) ausgetragen, ja niemals unterdrückt, sondern in Alltagsgesprächen, bei Zeitungslektüre, in Wortmeldungen bestimmter Expert*innen u.ä. präsent.

Diese Konstellation wurde zur Gelegenheit für Sahra Wagenknecht. Es herrschte ein Vakuum oder zumindest eine Lücke hinsichtlich der Frage, wie eigentlich bestimmte Akteur*innen in der Eurokrise einzuordnen und zu beurteilen waren, und gegen wen als Krisenverantwortlichen richtigerweise moralische Empörung gerichtet werden konnte.

Eine Lücke herrschte zu der Frage, wie abgesehen von der Ablehnung einer »Festung Europa« und des »Asylkompromiss« von 1993 Einwanderung zu regeln sei. Wagenknecht bediente diese Frage, indem sie sich über die Formelkompromisse ihrer Partei hinwegsetzte, die wenig Aufmerksamkeit generierten, und jeweils eine Lösung anbot, welche die klassischen politischen Lager überbrückte, zugleich ein breites politisches Spektrum provozierte sowie dabei die spontanen Urteile und Vor-Urteile aus der Bevölkerung aufgriff und damit intellektuell-politisch »weihte«: »Endlich sagt‘s mal einer!«

Wagenknecht war als öffentliche Figur dabei von linker Warte aus mindestens ambivalent zu beurteilen, gerade weil sie ähnlich wie in ihren Schriften auch in ihrer Ansprache jegliche Ambivalenz, Abwägungen und Trade Offs auslöschte. Wagenknecht bildete praktisch das Spiegelbild des Merkelismus. Für das Publikum war sie gerade faszinierend, weil man sich an ihr noch stoßen und stören konnte, weil sie in einer selbst-gezähmten Öffentlichkeit einen unverschämten Impetus der moralischen und politischen Eindeutigkeit vertrat.

Dazu überführte sie, symbolisch aufgewertet durch ihren Status als unbeirrbare Klartext-Rednerin, im Feld der Reizthemen durchaus komplexe Fragestellungen mit vielen Fallstricken, Ungewissheiten und abstrakten Orientierungsgrößen in konkrete Gegensatzpaare, die lager- und Milieu-übergreifend Feindbilder bedienten: die verwerfliche Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank gegen die Kleinsparer, die Politik der Banken- und Staatenrettungen zum unbedingten Erhalt des Euro gegen Ludwig Erhard’schen Ordoliberalismus, die ungezügelte Einwanderung gegen die hiesige Ordnung, und jüngst der »wahnsinnige« Krieg oder »Wirtschaftskrieg« der Bündnisgrünen gegen Russland zulasten »unserer Wirtschaft«.

Wagenknechts Haushaltsrede als Ausbruchsversuch?

Interessant an Wagenknechts Rede ist, dass sie zu erheblichen Anteilen mit den Kritikpunkten ihrer Partei und Bundestagsfraktion übereinstimmt. Bereits im Vorfeld hatte sie sich die Zusage abringen lassen, in der Rede auf die Forderung nach Öffnung der Erdgaspipeline Nordstream 2 zwischen Russland und Deutschland zu verzichten. Konform mit den Punkten der LINKEN – und vermutlich mit einem Großteil der Bevölkerung – waren ihre Kritik an den Gewinnen der Mineralölkonzerne und Stromerzeuger, ihr Verweis auf andernorts in Europa bereits verabschiedete Übergewinnsteuern und Energiepreisdeckel, ihre Warnung vor einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe, die Angst der Menschen vor krassen Preissteigerungen bei Lebenshaltungskosten, Arbeitsplatzverlust, und schließlich die Kritik an der Gasumlage, der sich selbst bürgerliche Stimmen zwischenzeitlich hörbar angeschlossen hatten.[9]

Was Wagenknechts Rede zum Politikum und Spaltpilz machte, einen Aufruf zu ihrem Ausschluss aus der Fraktion, zum Rücktritt der Fraktionsvorsitzenden sowie einen Gegen-Aufruf zugunsten der Rednerin zur Folge hatte, war die Verknüpfung ihrer Kritikpunkte mit dem Hauptmotiv, die Einstellung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu fordern. Diese Forderung bewegte sich rhetorisch in der Nähe einer Täter-Opfer-Umkehr, da die Sanktionen eine supranational abgestimmte Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Einstellung der russischen Gaslieferungen wiederum eine Vergeltungsaktion gegen diese Sanktionen darstellen.

In der LINKEN wurden gegen die Rede schnell die stereotypen Vorwürfe des Nationalismus und der »Querfront«-Agitation erhoben. Plausibler sind jedoch drei andere Kritikpunkte am Signal, das die Wagenknecht-Rede als kalkulierte Provokation erzeugte. Erstens wiederholt sich in Gefolge auf Wagenknechts Rede ein Muster, das bereits bei ihren früheren Provokationen auftrat: In Reaktion auf ihre Interventionen, verstärkt durch die unverbrüchliche Loyalität ihrer Anhängerschaft, polarisiert sich das Spektrum der hörbaren Positionen vor allem in zwei Lager: »Bist Du für oder gegen Wagenknecht?« Das erschwerte bereits in der Eurokrise, in der Migrationsfrage, bezogen auf den Klimaschutz oder die Be-

wältigung der Corona-Pandemie eine nüchterne Debatte um die überzeugendste linke Option, und dies wiederum die Vertretung der linken Option in der breiteren Öffentlichkeit.

Eine nüchtern abwägende Debatte wäre auch hinsichtlich der Nebenfolgen der Sanktionen gegen Russland legitim. Zumindest ist es nicht verwerflich, offen auszusprechen, dass die Sanktionen zunächst Wohlfahrtsverluste bei den Sanktionierenden wie auch bei den Sanktionierten bedeuten. Allerdings löschen Wagenknecht und ihre Anhängerschaft auch hier wiederum die dilemmatischen Aspekte aus, weil sie dazu schweigen, wie in Abwesenheit einer Bewaffnung der Ukraine von Sanktionen gegen Putins Russland – zumal nach der am 21.9. verkündeten Teilmobilmachung und angekündigten Scheinreferenden zur Annexion ostukrainischer Gebiete – für die russische Seite Verhandlungen die attraktivere Option im Gegensatz zur Fortsetzung des Krieges werden sollen.

Schwerwiegender, jedoch in Wagenknechts Rede nicht Thema, sind Verwerfungen auf fossilen Energiemärkten, da die deutsche und europäische Öl- und Gasnachfrage vom bisherigen Lieferanten Russland preistreibend auf den arabischen und asiatischen Raum umgelenkt wird. Mit dieser können ärmere Länder schlecht mithalten, die zugleich mangels Infrastruktur ihrerseits nicht auf russisches Gas und Öl umsteigen können.[10] Wagenknechts Spitze gegen Robert Habeck und die Bundesregierung vernachlässigt auch die Selbstkritik, der sich weite Teile der Politik und Gesellschaft im Lichte der jüngsten Ereignisse unterziehen. Denn für die Energieversorgung so stark auf russisches Gas gesetzt zu haben, erscheint rückblickend fragwürdig nicht nur durch die Brille marktwirtschaftlicher Diversifizierungsgebote, die gerade Wagenknecht als »linke Ordoliberale« eigentlich beherzigen müsste, sondern erst recht in geopolitischer Hinsicht.

Zweitens sind etwaige Spekulationen, mit Wagenknechts Rede werde eine organisatorische Spaltung der LINKEN vorbereitet, mit großer Skepsis zu bewerten. Nach dem kläglichen Scheitern von »Aufstehen« dürften Wagenknechts geringe Neigungen zur kollektiven, politisch-organisatorischen Arbeit abseits der Bühnen, Talkshow-Sessel und Rednerpulte kaum gewachsen sein. Doch selbst, wenn der abspaltende Sprung von der LINKEN erfolgte, wäre ihm ziemlich sicher kein dauerhafter Erfolg beschieden. DIE LINKE leidet strukturell daran, dass sie aus einer Abwehrkoalition entstand gegen einen neoliberalen Block, der so schon lange nicht mehr existiert. Eine Wagenknecht-Partei jedoch würde von noch viel weniger politischer Substanz zusammengehalten.

Wagenknechts Rede findet Anklang aus zwei Motiven, die sozial unterschiedliche Träger haben und als Antrieb für ein dauerhaftes Bündnis nicht hinreichen. Wagenknecht fliegt Zustimmung zu aus der gewachsenen Trägerschaft einer verfestigten und schnell abrufbaren Renitenz gegen »die da oben«. Sie ist die Kehrseite des Merkelismus, nämlich der Impuls, von der Politik im Grunde in Ruhe gelassen werden zu wollen.

Dieser tendenziell unpolitische Alltagsverstand fühlt sich angesprochen durch Wagenknechts Deutungsangebot, wonach es im Grunde im Lichte weithin geteilter Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Prioritäten die *eine richtige* politische Option gäbe, die auszuschlagen nur Ausdruck von Verkommenheit, Korruption oder Dummheit des politischen Personals sein könne. Zum anderen sind dies die Menschen, die aufgrund der nahenden oder schon erfahrenen Energiepreisschocks in Ungewissheit und Angst um ihre private, berufliche oder betriebliche Existenz sind und aus ihrer Sorge und Verzweiflung heraus jene Zustimmung zu den Sanktionen gegen Russland aufkündigen, die ihre Gewerkschaften, Handelskammern, Fach- und Unternehmensverbände öffentlich bislang nicht infrage stellen. Hier hoffen Anhänger*innen Wagenknechts vielleicht eine bislang »schweigende« bzw. öffentlich noch unterrepräsentierte Gruppe politisch mobilisieren zu können. Allerdings kann diese Klientel sich mehr davon versprechen, die Position der Regierenden ohne Umweg über eine Gallionsfigur wie Wagenknecht zu verändern, die in der politischen Elite weithin isoliert bleibt.

Drittens schließlich ist an Wagenknechts Zuspitzung kritikwürdig, dass sie Sozialproteste, wie sie andernorts in Europa bereits stattfinden und dort auch von Gewerkschaften und anderen Großorganisationen getragen werden,[11] eher behindert als befördert. Für relevante Sozialproteste müssen Gewerkschaften, Sozialverbände und soziale Bewegungen gewonnen werden, von denen viele trotz der dramatischen Lage noch wie gelähmt erscheinen.[12]

Durch die Zuspitzung auf die Sanktionsfrage jedoch wird das Protestpotenzial von vornherein gespalten und neutralisiert. Auch heute füllt Wagenknecht wieder ein Vakuum, das Rätsel aufgibt. Durch die Nebenfolgen des Kriegs gegen die Ukraine trifft Deutschland ein ökonomischer Schock in einem Umfang, von dem das Land in allen vorherigen Krisenzyklen seit der Jahrtausendwende verschont wurde. Wie kann es sein, dass selbst in dieser Konstellation eine massenwirksame linke Ansprache fehlt?

[9] »Eine einzige, logisch zwingende Lösung gibt es im Fall der Gasumlage nicht. Aber eines trifft auf sie, anders als auf den Staatseinstieg bei Rosneft Deutschland oder die Rettung von Uniper, gewiss nicht zu: dass sie alternativlos wäre. Es ist an der Zeit, auch die anderen Möglichkeiten zu diskutieren« (Ralph Bollmann, Der Staat und das Gas, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.9.2022, S. 18).

[10] Jacopo Maria Pepe, Sanktionen und Energiemärkte: Neuordnung von Energieflüssen und Machtverhältnissen, online unter www.swp-berlin.org/publikation/wirtschaftssanktionen-gegen-russland-internationale-perspektiven-und-globale-auswirkungen#publication-article-58.

[11] Vgl. z.B. den Aufruf des Österreichischen Gewerkschaftsbundes: »Preise runter! Für ein Ende der Kostenexplosion. Der ÖGB lässt nicht locker: Es muss JETZT etwas gegen die rasenden Preise getan werden! Dafür gehen wir am 17. September 2022 auf die Straße«, online unter www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/steuern-und-konjunktur/preise-runter--oegb-fordert-sofortige-entlastung.

[12] Wie begrenzt, obwohl lobenswert, die bisherigen Versuche ohne die Multiplikatoren der Großverbände bleiben, zeigt am Beispiel Nordrhein-Westfalens etwa Sebastian Weiermann, Der Herbst ist noch nicht heiß. Abseits von großen Demonstrationen versuchen linke Gruppen in Nordrhein-Westfalen, soziale Proteste zu organisieren. Was nicht leicht ist, in: nd.Sozialistische Tageszeitung, 21.9.2022, S. 3.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!







Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de